

**Rede zum Beschluss des Rates zum Haushalts-  
sanierungsplan / Haushalt 2012 am 25. Juni 2012**

25.06.2009

Herr Bürgermeister,  
werte Mitglieder des Rates,  
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

die diesjährige Haushaltsdebatte steht unter besonderen Vorzeichen. Nach zahllosen Vorstößen aus der Kommunalfamilie und ihrer Spitzenorganisationen, nach vielen Protesten hat das Land das Gemeindehaushaltsrecht verändert, die Fristen für ein Haushaltssicherungskonzept verlängert, die Verteilung der GFG-Mittel erfolgt gerechter. Auch der Bund hat sich endlich bewegt und übernimmt die Grundsicherung im Alter. Und es gibt den Stärkungspakt Stadtfinanzen des Landes. Alles Maßnahmen, die endlich einmal in Rechnung stellen, dass die große Mehrzahl der Kommunen in NRW finanziell schwimmt oder bereits landunter meldet. Bei allen, auch schweren Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen auf kommunaler Ebene – ich erwähne nur Gebag, DBV, TaM oder City-Palais - die wesentlichen Ursachen sind klar, es ist die anhaltende Umverteilungspolitik von unten nach oben, mit der sich verschiedene Bundesregierungen versündigt haben und eine kommunalfeindliche Politik, die den Kommunen eine angemessene Finanzausstattung für ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben verweigert. Das muss sich ändern und wir erwarten von einer neuen Bundesregierung ein entsprechend zügiges und mutiges Handeln!

Der Stärkungspakt Stadtfinanzen löst die Finanzmisere der Kommunen nicht grundsätzlich und nachhaltig. Er kann es auch nicht, weil der Bund für Steuern und Sozialgesetze hauptverantwortlich ist. Deshalb sagen wir: Wir nehmen notgedrungen am Stärkungspakt des Landes teil, aber er verschreibt uns eine Rosskur mit ungewissen Heilungschancen. Faktoren außerhalb der kommunalen Reichweite, Gerichtsurteile wie jüngst zu den KdU, aber insbesondere eine neue schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, Steuerverluste und Zinssprünge könnten alle Planungen über den Haufen werfen. Doch dafür sind andere verantwortlich. Und diese sind mit ihrer Verantwortung an den entsprechenden Stellen zu konfrontieren.

Als eine von 34 Kommunen wird Duisburg binnen 10 Jahren mit rd. 420 Mio. Euro an den Mitteln des Stärkungspakts partizipieren. Die Verwaltung hat nach monatelanger Arbeit ein Maßnahmenpaket vorgelegt, um den Haushalt zusätzlich zu dem fortgeschriebenen HSK in Höhe von rd. 120 Mio. Euro um weitere 61 Mio. bis 2016 und um 82 Mio. bis 2021 zu verbessern. Ab 2021 muss unsere Stadt den Haushaltsausgleich ohne jede besondere Finanzhilfe des Landes erreichen.

Nach wochenlangen und intensiven Beratungen in unserer Fraktion und mit unseren Kooperationspartnern sind wir davon überzeugt: das Maßnahmenpaket der Verwaltung ist nicht alternativlos. Nicht alles, was zur Haushaltserleichterung beiträgt, ist politisch sinnvoll und vertretbar.

Im Ergebnis wollen wir es substantiell verändern. Rd. 30 der 140 Maßnahmen lehnen wir komplett ab, 17 sollen deutlich verändert werden. Das Volumen macht mit rd. 22 Mio. Euro ein Drittel der Verwaltungsvorschläge aus.

Die Erarbeitung unserer Alternative war ein hartes Stück Arbeit. Vorausgegangen waren monatelange Diskussionen – auch mit zahlreichen bürgerschaftlichen Akteuren, städtischen Töchtern, Personalräten und Verwaltung. Wir haben die vielfältigen Proteste, besorgten Anfragen und Vorschläge aus der Stadtgesellschaft ernsthaft geprüft. Wir wollen, dass die Bürgerbeteiligung im Haushaltsgeschehen in dieser Stadt künftig ausgebaut und kultiviert wird. Dass damit Lern- und Erfahrungsprozesse für Politik, Verwaltung und Bürgerschaft verbunden sind, versteht sich von selbst.

Ziel der LINKEN war es, soziale Ausgewogenheit zu erhalten, lebenswichtige Strukturen, demokratische Beteiligungsmöglichkeiten und Instrumente kommunaler Selbstverwaltung nicht zu zerstören. Dafür mussten wir selbstverständlich auch Kompromisse eingehen – in der eigenen Fraktion, in der Kooperation sowie im Rahmen gesamtstädtischer Überlegungen. Was wir ablehnen,

sind insbesondere saftige Beitragserhöhungen für Kindertages-einrichtungen, aber auch alle Maßnahmen, die soziale Hilfseinrichtungen existenziell bedrohen würden. Ablehnen wollen wir auch alles, was Sprachförderung gerade in einer Stadt wie Duisburg zurückwirft, bildungs- und jugendpolitische Angebote zerstört und was dem Druck auf die Tarife der Beschäftigten bei Reinigungsdiensten, der Hausmeister oder der Beschäftigten der Wirtschaftsbetriebe Tür und Tor öffnen würde.

Rat, Bezirksvertretungen und Fachausschüsse sollen ab der nächsten Wahlperiode verkleinert werden. Die Politik selbst muss auch ihren Beitrag zur Haushaltsverbesserung leisten. Den sehr weit gehenden Vorschlägen der Verwaltung wollen wir aber nicht folgen, weil damit ein Abbau von Demokratie und Bürgernähe befürchtet werden muss. Aus diesem Grund lehnt DIE LINKE auch die Einstellung von Behinderten- und Seniorenbeirat ab.

Bis 2023 werden rd. 1.200 Beschäftigte der Verwaltung altersbedingt und geschätzte 600 durch Fluktuation ausscheiden. Seit langem häufen sich Konflikte um Unterbesetzung, die Abwicklung von enormen Zeitguthaben und Berufsperspektiven. DIE LINKE setzt sich entschieden für ein Personalentwicklungskonzept ein, das Aufgabenbewältigung, Ausbildung und Übernahme auch in der Verwaltung einer überschuldeten und schrumpfenden Stadt sichert. Wir erwarten von der Stadtspitze, dass sie die Informations- und Mitbestimmungsrechte des Personalrats nicht nur strikt beachtet, sondern ein neues Kapitel in der konstruktiven Zusammenarbeit mit der Arbeitnehmer-vertretung aufschlägt. Wir erwarten eine Umsetzungsvereinbarung hinsichtlich der Konsequenzen aus HSK und HSP zwischen Verwaltung und Personalrat.

Ernst machen will die Kooperation mit der Umstrukturierung von Teilen der Verwaltung und einiger städtischer Töchter (u.a. DMG, IDE). Auch der Einkauf soll komplett neu organisiert werden. Davon versprechen wir uns erhebliche Effizienzgewinne und Kosteneinsparung. Wir wollen mit einer realistischen Einsparsumme starten und ohne Luftbuchungen. Wir halten es in diesem Zusammenhang für bemerkenswert, dass die CDU – die anderen gerne Luftbuchungen vorwirft – aus einer Neuorganisation des Einkaufs die ursprüngliche und sehr mangelhafte und unhaltbare Gutachterposition von 30 Mio. Euro im HSP festschreiben will. Das ist schon kein haushaltspolitischer Luftballon mehr, sondern ein ganzes Luftschiff. Die Hindenburg-Katastrophe von 1937 lässt grüßen. So etwas ist nicht nur nicht genehmigungsfähig, sondern einfach albern.

Meine Damen und Herren,  
auch wir unterstützen das vom Stadtsportbund vorgeschlagene Bäderkonzept, das alternativ zu den weitgehenden Schließungsvorschlägen der Verwaltung steht. Wir möchten uns ausdrücklich für die konzeptionellen Überlegungen des SSB bedanken. Sie haben uns sehr geholfen.

Wir wissen, dass wir Walsum und Homberg mit der Aufgabe von Freibäderbe-reichen einiges abverlangen, um Schlimmeres zu verhindern. Auch im Bezirk Süd kommen keine zustimmenden Rufe angesichts der weiterhin ungewissen Zukunft der Bäderlandschaft. Im gesamtstädtischen Interesse sehen wir derzeit aber keine sinnvollen Alternativen und bitten zu bedenken: Unsere Stadt behält auch künftig über ein Dutzend Bäder, weitere – auch populäre - Freibademöglichkeiten nicht mitgerechnet. Wir würden uns übrigens freuen, wenn die Auslastung unserer Bäder das ganze Jahr über deutlich steigen würde.

Da allerdings bereits über 50 % von Vereinen geführt werden, was die Nutzung – neben dem auch künftig gesicherten Schulschwimmen – auf Vereinsmitglieder beschränkt, strebt die LINKE eine Verständigung mit dem SSB über Bürgerschwimmzeiten an.

Was die heiß diskutierte Zukunft der Opernehe mit Düsseldorf betrifft, so war für uns immer klar: Eine Schließung von erstklassigen Kultureinrichtungen und die Zerstörung ihres Verbunds kommt überhaupt nicht infrage. Andererseits muss angesichts der haushaltspolitischen Zwangslage alles auf den Prüfstand, insbesondere große Kostenblöcke. Die LINKE setzt sich deshalb für den Kooperationsvorschlag ein, der eine Einsparvorgabe von knapp 1,5 Mio. vorsieht sowie präzisierende

Hinweise für die künftige Geschäftspolitik und Programmgestaltung. Der LINKEN ist es besonders wichtig, dass endlich die veränderte Zusammensetzung unserer Stadtbevölkerung in den Programmen von Sprechtheater, Oper und Philharmonie berücksichtigt wird. Das Angebot entspricht bis heute nicht der multikulturellen Zusammensetzung unserer Stadtbevölkerung, ihren Bedürfnissen und Potentialen. So hat auch der Städtetag unlängst an die Kommunen appelliert, hier deutlich mehr zu tun. Wir sind sicher, dass eine aufgeschlossene Herangehensweise sich auch positiv für die Finanzierung der Kulturaufgaben auswirken würde. Duisburg muss nicht nur als Oberzentrum für viele umliegende Kommunen Kulturangebote vorhalten, sondern sollte sich auch durch eine beispielgebende Kulturpolitik auszeichnen, die die gesamte Stadtbevölkerung im Auge hat. Die Schließung der Rheinhausenhalle lehnen wir auch aus diesem Grund ab.

Die von den LINKEN unterstützten Kompensationsvorschläge sehen – neben den Einspareffekten aus Reorganisation von Verwaltung und früheren Ausgründungen - vor allem deutliche Dividendensteigerungen der großen Töchter vor, dazu sind wir übrigens gesetzlich verpflichtet. Wir wollen eine erhebliche Kostensenkung bei der Fremdanmietung von Büroraum sowie eine – im Unterschied zur Verwaltung um jeweils 2 Jahre vorgezogene moderate Steigerung der Gewerbe- und Grundsteuer B ab 2014 in mehreren Schritten. Damit ist aber auch klar, dass die von uns für richtig gehaltenen Änderungen des Verwaltungspakets nicht einfach durch erhöhte Kommunalsteuern gegenfinanziert werden sollen. Diese sind nur ein Faktor bei der Gegenfinanzierung und wir können die reflexartige Kritik von Interessenverbänden nicht nachvollziehen. Wer eine lebendige und attraktive Stadt haben will, wer eine gut ausgebaute Struktur, effiziente Verwaltung und die weichen Standortfaktoren zu schätzen weiß, der muss auch als wirtschaftlicher Akteur das seine dazu beitragen.

Eine Privatisierung von städtischen Gesellschaften – wie sie von CDU, FDP und DWG beantragt werden - kommt für die LINKE nicht infrage. Wir wollen weder die Kühe schlachten, die den Stadtfinanzen die Milch geben sollen, noch Tausende von Beschäftigten, ihre Familien und die Mieter der Gebag in Angst und Schrecken versetzen.

Angesichts der Haushaltskrise und unabwendbarer Einschnitte haben wir keinen Grund zum Jubeln. Wir wollen aber mit den Finanzhilfen des Landes das Beste aus der Situation machen. Wir sind davon überzeugt, dass der rot-rot-grüne Sanierungsplan vom Rat verabschiedet und von der Kommunalaufsicht genehmigt wird. Damit würde ein neues Haushaltskapitel aufgeschlagen, ein Stück kommunale Selbstverwaltung wieder hergestellt.

Ich danke für die Aufmerksamkeit

**Haushaltsrede von Michael Dubielczyk,  
Fraktionsvorsitzender der Linken in der BV Mitte**

30.05.2012

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,  
meine sehr verehrten Damen und Herren !

Wie in den vergangenen Jahren heißt es auch in diesem Jahr: Duisburg muss sparen! Aber Sparen bedeutet, Geld auf die hohe Kante zu legen. Es passiert aber wie in jedem Jahr das totale Gegenteil: Es wird gekürzt in allen Bereichen und schon so viele Jahre, dass Duisburg für viele Menschen nicht mehr attraktiv ist.

Manche Gebühren und Beitragserhöhungen können sicherlich zur Haushaltskonsolidierung beitragen, aber eine so drastische Erhöhung der KiTa-Gebühren ist eine Zumutung für Eltern und von ganz vielen nicht mehr zu bezahlen.

Erhöhte KiTa Gebühren, dann noch Theater-, Bäder – und Büchereischließungen werden dazu führen, dass viele von denen, die es sich leisten können, in Städte wegziehen, in denen es ausreichend Sport-, Kultur- und Freizeitangebote gibt. Diejenigen, die bleiben haben nicht das Geld für einen wirtschaftlichen Aufschwung in unserer Stadt zu sorgen, im Gegenteil: Das sind Menschen, die auf Unterhalt durch die öffentliche Hand angewiesen sind! Im jeden Jahr müssen wir konstatieren, dass die Armut in unserer Stadt weiter steigt !

Welche Folgen es hat, wenn wie geplant z.B. Einrichtungen wie Regenbogen oder die Aidshilfe die Zuschüsse zusammen gestrichen werden, können wir uns alle ausmalen: Rat – und Hilfesuchende werden allein gelassen und ihrem Schicksal überlassen. Hinzu kommt, dass man mit diesen vergleichsweise geringen Beiträgen, den Haushalt wahrlich nicht sanieren kann !

Welche Folgen es hat, wenn z.B. der Sport in Duisburg nicht den Stellenwert hat, den er haben müsste und weitere Bäderschließungen vorgesehen sind, können wir uns alle denken !

Etwas ist aber doch anders als in den Vorjahren: Es soll finanzielle Unterstützung vom Land geben, wenn Duisburg bereit ist in Vorleistung zu treten. Das Land hat einen Stärkungspakt Stadtfinanzen vorgelegt. Wie in vielen Organisationen ist auch in meiner Partei dieser Pakt sehr umstritten. Die städtischen Verwaltungsvorschläge zum HSP haben Ängste in der Bevölkerung hervorgerufen. Erste Proteste sind zu vernehmen, aber nach unserer Meinung noch viel zu verhalten und schwach. Die Linke wird mit ganzer Kraft solche Bürgerbewegungen unterstützen !

Eines sagen wir ganz deutlich: Eine gerechte Steuerpolitik des Bundes und eine angemessene Finanzausstattung bei den gesetzlichen Aufgaben der Kommunen hätten uns niemals in diese Misere und Überschuldung geführt ! Verantwortlich für diese Entwicklung ist nicht nur die jetzige Regierung aus CDU und FDP, sondern auch die Vorgänger aus SPD und Grüne !

Wir verkennen dennoch nicht, dass sich eine Landesregierung zum ersten Mal dazu aufrafft, das Thema Ver – und Überschuldung der Kommunen anzupacken. Vor diesem Hintergrund werden wir uns der Haushaltssanierung unter den neuen Bedingungen stellen.

Der HSP der Verwaltung ist uns erst seit ein paar Tagen bekannt. Unsere Fraktion steht mitten in den Haushaltsberatungen. Wir führen derzeit Gespräche mit Betroffenen, darunter Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, Betriebsräten usw.. Die Linke bleibt dabei: Bei der Zusammenstellung des Eigenbeitrages, zu dem die Stadt im Rahmen des Stärkungspaktgesetz verpflichtet ist, werden wir keinem Personalabbau, keinen Beitragserhöhungen für Sozialeinrichtungen, keinen unverantwortlichen Schließungen und Kahlschlägen anderswo zustimmen.

Im Rahmen der Kooperation sind wir aber zuversichtlich, dass wir zu einem veränderten Maßnahmenpaket kommen werden: Sozial vertretbar, sinnvoll und seitens der Kommunalaufsicht genehmigungsfähig.

Da uns der umfangreiche HSP erst wenige Tage vorliegt, ist eine abschließende Beurteilung am heutigen Tage nicht möglich.

Ich will aber noch kurz eingehen auf die geplanten Maßnahmen für unseren Bezirk.

Eine Reduzierung der BV-en von 7 auf 3 halten wir nicht für möglich. Hierdurch würde viel zu viel Bürgernähe verloren gehen. Und wenn dann noch wie geplant statt 19 nur noch 15 BezirksverterInnen pro BV gewählt werden können, geht ein großes Stück Demokratie vor Ort verloren.

BezirksverterInnen sind für viele Menschen die wichtigsten Ansprechpartner vor Ort. Das muss so bleiben, das lassen wir uns nicht nehmen !

Ob wir wirklich sieben Bezirksämter, sieben Amtsleiter und Stellvertreter benötigen, kann man hinterfragen. Auf jeden Fall muss der Bürgerservice im heutigen Umfang und an den heutigen Orten verbleiben. Denkbar ist, den Service sogar auszubauen, damit den BürgerInnen weite Wege erspart bleiben.

Abschließend stellen wir fest: Jeder Haushalt hat zwei Seiten. Eine Ausgabe – und eine Einnahmeseite. Die Schulden in Deutschland wachsen um 2.100 Euro pro Sekunde. Insgesamt belaufen sich die Staatsschulden auf mehr als 2 Billionen Euro. Auf der anderen Seite wächst der private Reichtum der Multimillionäre und Milliardäre dreimal so schnell, um 6.400 Euro pro Sekunde. Dieser unfassbare Reichtum könnte – gerecht versteuert – zur Entlastung und Entschuldung aller Kommunen beitragen. Wenn die Forderungen des DGB und anderer Organisationen und der Linken umgesetzt würden (Einführung einer Millionärssteuer und Vermögenssteuer, Bekämpfung der Steuerflucht usw. usf.) ließen sich Mehreinnahmen von weit über 100 Mrd. Euro pro Jahr generieren ! Dafür wird sich die Linke parlamentarisch sowie außerparlamentarisch weiterhin einsetzen.

Hätten wir heute noch die gleiche Steuergesetzgebung wie unter Helmut Kohl – nun wahrhaftig kein Linker -, hätten wir in Duisburg und auch anderswo nicht diese Probleme, es wäre Geld genug vorhanden.

Es ist eine Frage der Umverteilung ! Wir müssen diese Zusammenhänge herstellen, denn sonst gehen wir am Kern der Probleme vorbei.

Auch wenn es viele hausgemachte Ursachen geben mag – unbestritten -, wir müssen wieder von oben nach unten verteilen, sonst glauben die meisten Menschen, die katastrophale Situation unserer Stadt, ist einfach so vom Himmel gefallen !

**Haushaltsrede von Herbert Fürmann,  
Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BV  
Hamborn am 24.05.2012**

23.05.2012

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister, meine Damen und Herren!

Alle Jahre wieder heißt es bei den Haushaltsberatungen: Duisburg muss sparen, sparen, sparen. Doch in diesem Jahr ist etwas anders als sonst. Das Land hatte endlich ein Einsehen mit der Not der klammen Kommunen und legte den Stärkungspakt Stadtfinanzen auf. Die Landesmittel sind allerdings pflichtig an weitere kommunale Eigenbeiträge gebunden.

Die städtischen Verwaltungsvorschläge zum Haushaltssanierungsplan haben – wie nicht anders zu erwarten - Sorgen, Ängste und Proteste in der Bevölkerung hervorgerufen. Zusätzlich zum Haushaltssicherungskonzept – dessen Entwurf uns seit Jahresbeginn vorliegt – gibt es jetzt ein weiteres gestuftes Maßnahmenpaket in einer Größenordnung von 61 Mio. Euro bis 2016 und bis 2021 in drei weiteren Stufen 82 Mio. Euro – das ist hart und schwer vermittelbar. Wir wiederholen auch hier noch mal: Eine gerechte Steuerpolitik des Bundes und eine angemessene Finanzausstattung bei den gesetzlichen Aufgaben der Kommunen hätte uns und andere Städte nie in diese Haushaltsmisere und Überschuldung geführt. Das muss sich ändern und dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.

Andererseits tun wir nicht leichtfertig ab, dass sich eine Landesregierung erstmals dazu aufgerafft hat, das Thema Ver- und Überschuldung der Kommunen anzupacken. Im ersten Schritt werden 34 überschuldeten Kommunen unter der Bedingung von weiteren Eigenbeiträgen – deren Zusammenstellung weitgehend den betroffenen Kommunen überlassen bleibt – zur Haushaltssanierung Finanzhilfen zur Verfügung gestellt. Für Duisburg sind das bis 2021 überschlägig 418 Mio. Euro, Zinssparnisse nicht eingerechnet, gerechtere GFG-Zuweisungen ebenfalls nicht. Auf diesem Hintergrund müssen und werden wir uns der Haushaltssanierung unter den neuen Bedingungen stellen.

Die Maßnahmenvorschläge der Verwaltung sind uns aber erst seit einer Woche bekannt. Unsere Fraktion steht – wie andere auch - mitten in den Haushaltsberatungen. Dazu gehören zahlreiche Gespräche mit betroffenen Akteuren, darunter Vereinen, Verbänden und Arbeitnehmervertretungen. Grundprinzip der Linksfraktion bei der Zusammenstellung des Eigenbeitrags, zu dem unsere Stadt im Rahmen des Stärkungspaktgesetzes verpflichtet ist: Sinnvolles und vertretbares Sparen + sinnvolle und vertretbare Einnahmeverbesserungen, aber keine Sparschweineereien bei Beiträgen für Sozialeinrichtungen, keine unverantwortlichen Schließungen und keine Kahlschläge!

Das Land hat immerhin einen wichtigen Schritt unternommen, auch wenn er in der kommunalen Familie umstritten bleibt. Andererseits, und das kann nicht oft genug wiederholt werden, ist der Bund der Hauptverantwortliche für die Finanzkrise der Kommunen. Er büdet der kommunalen Ebene seit Jahrzehnten gesetzliche Pflichten ohne ausreichende Finanzierung auf. Diese Bundesregierung wird aller Voraussicht nach nicht die nächste sein. Erfolge im Kampf um eine durchgreifende Finanzreform, eine gerechte Steuerpolitik und ein striktes Konnexitätsprinzip bei den Bundesgesetzen werden wichtiger denn je. „Wer die Musik bestellt muss sie auch bezahlen“.

Stichwort Solidarpakt Ost: Auch wenn weite Teile der neuen Länder die vom CDU Ex-Kanzler versprochenen „blühenden Landschaften“ noch nicht gediehen sind, geht es nicht, dass wir uns hier kaputt sparen. Förderung strukturschwacher Gebiete ja, aber bitte nach Bedürftigkeit und nicht ausschließlich nach Himmelsrichtung.

Aus unseren Überlegungen folgt: Die von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsmaßnahmen sind angesichts der Zwangslage vielfach diskussionswürdig. Sie können aber von der LINKEN nicht 1:1 akzeptiert werden. Wir sind jedoch optimistisch, dass wir im Rahmen der Kooperation zu einem veränderten Maßnahmen-Paket kommen: sozial vertretbar, sinnvoll und seitens der Kommunalaufsicht genehmigungsfähig. Das würde jedenfalls ein neues Kapitel in unserer Haushaltspolitik aufschlagen. Herr Bezirksbürgermeister, meine Damen und Herren, der umfangreiche HSP liegt uns wie gesagt erst

wenige Tage vor, zu wenig für eine abschließende Beurteilung am heutigen Tag. Er wird jedoch mit Sicherheit nicht genau so umgesetzt werden. Unsere Beratungen sind noch nicht abgeschlossen. Diese Liste kann NICHT alternativlos sein, wie es die Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion schon behauptet hat!

Sparen ist ja gut, doch in etlichen Punkten muss eher von Streichliste sprechen. Wenn sozialen Hilfseinrichtungen wie Regenbogen oder Aidshilfe, um nur zwei Beispiele zu nennen, die Zuschüsse zusammen gestrichen werden, können die zumachen. Was wird aber dann aus den rat- und hilfesusuchenden Menschen in unserer Stadt, meine Damen und Herren? Hinzu kommt, dass man mit diesen Minibeträgen den Haushalt dieser Stadt wahrlich nicht sanieren kann!

So manch eine Gebühren- oder Beitragserhöhung kann sicherlich zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Aber eine so drastische Erhöhung der KiTa Gebühren ist eine Zumutung für alle Eltern. Die vom Land geforderte, beitragsfinanzierte Quote von 19% wird übrigens in nahezu keiner Kommune erfüllt. Man kann eine Stadt auch kaputt sparen. Erhöhte KiTa-Gebühren, dann noch Theater-, Bäder- und Büchereischließungen führen dazu, dass viele von denen, die es sich leisten können, in Städte wegziehen, in denen es noch Sport-, Kultur- und Freizeitangebote gibt. Wer bleibt, hat nicht mehr das Geld, für einen wirtschaftlichen Aufschwung in unserer Stadt zu sorgen, im Gegenteil: Das sind die Menschen, die auf Unterhalt durch die öffentliche Hand angewiesen sind. Und solvente neue Einwohner kann man mit KiTa-Gebühren auf Rekordniveau sicherlich nicht in diese Stadt locken, wenn direkt nebenan Düsseldorf mit kostenlosen Plätzen lockt. Hinzu kommt das immer noch schlechte Image dieser Stadt. Wir schauen uns also jede vorgeschlagene Maßnahme auf die sozialen und gesamtstädtischen Folgen an.

Meine Damen und Herren, kommen wir auf die Bezirksebene und damit zu Hamborn. Das HSP sieht hier drastische Veränderungen vor. Auch wenn es vielleicht auf den ersten Blick nicht mehr als gerecht scheint, nicht nur beim Bürger, sondern auch bei der Politik selbst zu sparen: Bei einer Reduzierung von sieben auf nur noch drei Bezirke geht viel Bürgernähe verloren. Hier gibt es noch enormen Beratungsbedarf, denn der Schnitt von 7 auf 3 wäre gewaltig. Ein Nordbezirk aus Walsum, Hamborn und Meiderich – Beeck und ggfls. auch noch Ruhrort hätte die Fläche und die Einwohnerzahl unserer Nachbarstadt Oberhausen, einer Großstadt. Hinzu kommt, dass die künftigen Bezirksvertretungen dann auch nur noch 15 Sitze haben sollen. Wir fragen: Wer soll sich denn in einem solch großen Gebiet noch in allen Fragen und Problemen auskennen, wer sich mit dann dreimal so viel Planungen und anderen anstehenden Entscheidungen sinnvoll und bürgerfreundlich befassen? Hier sind vor allem die kleineren Fraktionen und die Einzelkämpfer betroffen. Für sie wäre das ehrenamtlich und neben einem Vollzeitjob nicht mehr machbar. Eine solche Maßnahme wäre alles andere als demokratiefördernd!

Ob man wirklich sieben Bezirksämter, sieben Amtsleiter und Stellvertreter braucht, kann man dagegen durchaus hinterfragen. Auf jeden Fall muss aber der Bürgerservice im heutigen Umfang und an den heutigen Orten verbleiben. Es ist sogar zu überlegen, ob man ihn nicht ausbauen könnte, damit den BürgerInnen weite Wege erspart bleiben. Andere Behörden wie Ausländer- oder Sozialamt sind heute schon größtenteils überbezirklich zusammengelegt. Vielleicht kann man bei der Verwaltung hier und da noch etwas zusammenlegen und einzelne Gebäude freiziehen. Doch spart es wirklich, wenn dann das IMD auf leeren Verwaltungsgebäuden sitzt?

Doch in Hamborn gibt es auch Positives zu vermelden.

Mit der Vierfach-Sporthalle wird es in Kürze endlich weitergehen, nachdem die Ausschreibung gelaufen ist. Jahrelang lag die Baustelle in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rhein-Ruhr-Bad brach, vom CDU-Ex-OB als Mehrzweckhalle versprochen, die über den Verkaufserlös des Grundstücks der Rhein-Ruhr-Halle problemlos zu finanzieren sei, mutierte zunächst zur einfachen Mehrfachturnhalle, um dann als unschöne umzäunte Dauerbrache auch die Besucherzahlen im Rhein-Ruhr-Bad deutlich nach unten zu drücken und damit die Einnahmen.

Positiv die auch die gelungene Umgestaltung der ehem. Clauberg - Halle zu einer mittleren

Veranstaltungshalle mit unterschiedlicher Bestuhlungsmöglichkeit auf den neuen Podesten. Das beschlossene Einzelhandelskonzept sieht Hamborn und Marxloh als zweites Hauptzentrum vor. Und das ist auch gut so. Auch wenn IHK und Einzelhandelsverband dagegen wettern und den Untergang der Duisburger Innenstadt prophezeien. Beide Organisationen setzten sich in der Vergangenheit immer nur für die Innenstädte ein - mit dem Ergebnis, dass unsere Stadtteilzentren immer weiter verödeten. Die Aufwertung zum Hauptzentrum zeigt auch schon erste Früchte:

In der ehemaligen Kaufhalle entsteht ein medizinisches Zentrum, am Altmarkt und an der Parallelstraße tut sich etwas. Hier soll auf rund 10.000 m<sup>2</sup> ein neues Shoppingcenter mit unterirdischem Parkhaus entstehen, das den ganzen Stadtteil aufwerten wird. Wir setzen uns dafür ein, dass in diesem Zusammenhang auch die Nutzung des Altmarkts verändert wird, Stichwort: Mehr Außengastronomie.

Langsam aber sicher kommt nach langer Verzögerung auch die Planung des FOC unter Einschluss der stillgelegten Rhein-Ruhr-Halle und dem altem Stadtbad ins Rollen. Die Einbeziehung der Zinkhütensiedlung hat zu ernstzunehmenden Anwohnerprotesten geführt, insbesondere bei den langjährig dort Wohnenden. Das war verständlich, weil es die MieterInnen aus der Zeitung erfahren mussten. Nachdem aber ein nachprüfbar vernünftiges, soziales Umzugsmanagement erfolgt, ist bereits die Mehrzahl der Mieter entschlossen, in andere Wohnungen zu wechseln. Wir hoffen, dass dieser Konflikt bald beigelegt werden kann.

Mit Ostermann hat ein großes Möbelhaus an der Grenze zu unserem Stadtbezirk Ansiedlungsinteresse bekundet. Auch das scheint trotz der Konkurrenz am ehemaligen Güterbahnhof in Stadtmitte auf gutem Wege zu sein.

Herr Bezirksbürgermeister, Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich einen Absatz aus meiner letztjährigen Haushaltsrede zitieren:

„Auch die de facto Abschaffung des Botanischen Gartens konnte 2010 noch einmal abgewendet werden. Der dauerhafte Erhalt ist aber noch lange nicht gesichert und im aktuellen Haushaltsentwurf scheint der Botanische Garten gar nicht mehr vorzukommen. Auch hierzu fordert die Regierungspräsidentin die Stadtspitze auf, zu handeln – auch entgegen politischer Beschlüsse. Wir sollten aufpassen, dass Herr Sauerland nicht eines Tages die Gewächshäuser eigenhändig abreißt. Baggererfahrung hat er ja genug!“

Auch wenn der Ex-OB nicht selbst Hand bzw. Bagger angelegt hat: Tropen- und Subtropenhaus sind weg! Trotz aller politischen und bürgerschaftlichen Proteste. Entgegen der Fachverwaltung um Dr. Greulich und Herrn Heimann waren die engagierten Bürger kompromissbereit bis an die Schmerzgrenze. Meine Damen und Herren, DIE LINKE hat sich ebenfalls für den Erhalt des Botanischen Gartens und ein tragfähiges neues Konzept eingesetzt. Jetzt bleibt zu hoffen, dass die mit den Freunden und Förderern des Botanischen Gartens und den Aquarianern vereinbarte Umgestaltung auch zügig umgesetzt wird. Im Augenblick ist der Anblick der kahlen und teils zerstörten Gewächshäuser deprimierend. Für unseren Stadtbezirk ist auch die Konkretisierung und Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Marxloh von größter Bedeutung als kommunale Querschnittsaufgabe. Integration, Wohnungswirtschaft, Wohnumfeld, Verkehrsführung, demografische Entwicklung und viele andere Arbeitsfelder sind betroffen. Wir appellieren nachdrücklich an die Bürgerschaft, das Angebot zur demokratischen Beteiligung anzunehmen und sich in den Arbeitskreise einzubringen.

Herr Bezirksbürgermeister, meine Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Abschluss noch auf die von uns seit Jahren eingeforderte Bürgerbeteiligung eingehen. Wir forderten das schon weit vor Einführung des ersten Haushaltstags in Hamborn. Es gab mehrmals Beschlüsse in der BV und auch im Rat, den Bürger endlich nicht nur zu informieren, sondern ihn auch Vorschläge machen und ihn ein Votum abgeben zu lassen, ohne die letztendliche Entscheidung des Rates der Stadt auszuhebeln. Bisher hatte sich die Verwaltung gnadenlos über



diese politischen Beschlüsse hinweggesetzt. Doch da, wo es heute um bittere Kürzungen und Streichungen geht, will die Verwaltung nicht mehr alleine als Buhmann dastehen. Da geht es auf einmal, zumindest im Internet. Ich bin mal gespannt, welche sinnvollen Maßnahmen aus der Bürgerschaft eingebracht werden und wie der Rat in einem Monat damit umgeht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

**Haushaltspolitische Stellungnahme von Hermann Dierkes, Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE auf der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 05.12.2011**

07.12.2011

„Schwierig, aber aussichtsreich“

Die vorliegenden über 170 Drucksachen der Verwaltung zu den sog. freiwilligen Leistungen, die im aktuellen Haushalt 2011 stehen, können nicht getrennt von den Eckpunkten des Haushaltsentwurfs 2012 diskutiert und entschieden werden. Diese Eckpunkte liegen noch nicht vor. Im Anschluss an Kollegen Herbert Mettler (SPD) plädiert meine Fraktion ebenfalls dafür, die „freiwilligen Leistungen“ – übrigens ein hochproblematischer Begriff - nur in erster Lesung zu behandeln. Dazu und zu den bevorstehenden Haushaltsberatungen nehme ich im Namen meiner Fraktion wie folgt Stellung:

Die Ergebnisse unserer Haushaltspolitik der letzten Jahre aus

- Einnahmesteigerungen durch die Gewerbesteuer- und die Grundsteuererhöhung,
- durch moderate Gebührenerhöhungen (wie aktuell bei den WBD) , einen
- substanziellen Erhalt lebenswichtiger „freiwilliger Leistungen“, den Verzicht auf die Privatisierung öffentlicher Leistungen und Unternehmen sowie
- sinnvolle und vertretbare Einsparungen

haben die Grundlage geschaffen für ein neues haushaltspolitisches Kapitel in unserer Stadt.

Diese Grundlage wird gefestigt durch

- die gerechteren Verteilungskriterien bei den GFG-Mitteln des Landes,
- durch die geplante Entschuldungshilfe, bei der unsere Stadt über 5 Jahre jeweils knapp 52 Mio. Euro erhalten würde sowie die endlich begonnene
- Entlastung der kommunalen Ebene bei gesetzlichen Pflichtaufgaben wie der Kostenübernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund.

Alles zusammen summiert sich aus heutiger Sicht wahrscheinlich auf jährlich 115 Mio. Euro. Das übersteigt deutlich die Größenordnung unserer heutigen jährlichen Zinslast.

Unsere eigenen Anstrengungen, zusammen mit der sich verändernden Politik der oberen staatlichen Instanzen lösen noch längst nicht unsere Probleme, aber zusammen eröffnen sie uns neue und bisher nicht dagewesene Handlungsspielräume im Rahmen der haushaltsrechtlich erweiterten Sanierungszeiträume.

Dafür hat sich meine Fraktion lange eingesetzt. Wir haben auch die Grundbotschaft der Bezirksregierung in den zurückliegenden Gesprächen immer so verstanden: „Ich will die große haushaltspolitische Linie sehen, dann können wir über Einzelheiten reden.“

Im Rahmen der Kooperation mit SPD und Grünen werden wir uns dafür einsetzen, dass der haushaltspolitische Kurs der Ratsmehrheit in den letzten beiden Jahren vom Grundsatz her fortgesetzt wird. Es muss dabei bleiben:

- sinnvolles Sparen,
- kein Kahlschlag bei sog. freiwilligen Leistungen,
- keine unzumutbaren Kürzungen,
- keine Privatisierungen von öffentlichen Aufgaben,
- moderate Einnahmesteigerungen und strukturelle Verbesserungen im Haushaltsgeschehen.

Letzteres bedeutet, dass auf etlichen Handlungsfeldern erst einmal Geld in die Hand genommen werden muss, um Dinge auf neue Gleise zu setzen, um damit in den Folgejahren nachhaltige

Haushaltserleichterungen zu erzielen. Beispielhaft dafür stehen mögen qualitative Fortschritte bei der energetischen Sanierung, verbesserte Sozialeinrichtungen, mehr Prävention und Hilfsangebote, u.a. im Jugendbereich. Methodisch haben wir bereits gute Erfahrungen gesammelt mit dem Konjunkturprogramm II: Investieren, um längerfristig eine nachhaltige Haushaltssanierung zu erzielen.

Ein schwieriger Weg, der Politik und Verwaltung bis ins kommende Frühjahr wieder viel Arbeit abverlangen wird, aber auch ein aussichtsreicher Weg. Wir erwarten von der Verwaltung, dass sie nach Feststehen der wesentlichen Rahmendaten einen Haushaltsentwurf entlang der soeben skizzierten Prinzipien erstellt.

Überörtliche Berater – wie sie die Landesregierung vorsieht - können dabei Sinn machen. Wir legen aber wert darauf, dass Vergleichbares verglichen wird und örtliche Besonderheiten nicht aus dem Auge verloren gehen. U.a. ist unsere Stadt nach wie vor eine der am meisten umweltbelasteten in ganz NRW und hat vielfach prekäre Sozialstrukturen. Was wir deshalb nicht brauchen, sind Schema-F-Rezepte und schon gar nicht kostspielige private Unternehmensberatungen.

Noch steht nicht fest, in welcher genauen Größenordnung Duisburg Haushaltsverbesserungen durch die vorgesehene Pflichtteilnahme am Entschuldungsprogramm des Landes erbringen muss. Die letzten Entscheidungen auf Landesebene stehen noch aus, darunter auch die Durchfinanzierung des Entschuldungspakets bis 2020. Mit aller Vorsicht lässt sich jetzt schon sagen: Der Abbau unseres aktuellen Jahresdefizits von 200 Mio. Euro, der Haushaltsausgleich bis 2017 und eine nachhaltige Trendwende für unsere überschuldete Stadt scheinen erreichbar, obwohl noch viele Unsicherheitsfaktoren im Spiel sind, nicht zuletzt die Konjunkturentwicklung, aber auch örtliche Faktoren wie die Frage, wie wir aus dem Abenteuer Küppersmühle und Gebag-Krise herauskommen.

Wir werden uns auch dafür einsetzen, dass die Eckpunkte und wichtigsten Vorhaben des Haushalts 2012 frühzeitig der Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert werden können, damit die Menschen in unserer Stadt wissen, was auf sie zukommt, wohin die Reise gehen soll und worin die politischen Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

**Begründung für die Zustimmung der LINKEN zum Steag-Erwerb in der öffentlichen Ratssitzung am 6.12.2010**

07.12.2010

Mehrheitserwerb von Stadtwerkekonsortium an der Evonik-Energiesparte (STEAG)

„Politisch, ökologisch und regionalwirtschaftlich sinnvoll“

Hermann Dierkes, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Duisburger Rat, hat am 6.12.2010 in öffentlicher Sitzung für seine Fraktion die Zustimmung zum Steag-Erwerb begründet.

„Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, was es mit dem angestrebten Erwerb der Steag-Mehrheit durch das Stadtwerke-Konsortium auf sich hat, was die Chancen und Risiken sind, wie die Finanzierung aussehen und wohin die Reise gehen soll. Unsere Fraktion hat sich im Verbund mit unseren 5 betroffenen Ratsfraktionen im Ruhrgebiet und unserer Landtagsfraktion intensiv mit dem Thema befasst. Wir haben uns eine Meinung gebildet, auch Kontroversen ausgefochten und sind zu dem Schluss gekommen: Das Geschäft ist zu verantworten und bietet Chancen für den ökologischen Umbau.

Die Diskussion um Für und Wider wird leider seit Wochen von verschiedener Seite nicht gerade sachorientiert und fair geführt – was leider auch dem Umstand geschuldet ist, dass es sich um ein nichtöffentliches Bieterverfahren handelt. Dass von Konkurrenten gegen gehalten wird und von neoliberaler Seite aus ‚ordnungspolitischen‘ Gründen geschossen wird, war nicht anders zu erwarten. Aber wer Behauptungen in die Welt setzt nach dem Motto: ‚Das Finanzrisiko ist so groß, dagegen ist die Wall Street ein Gemeinnützigkeitsverein‘, der hat sie nicht mehr alle auf der Latte. Die Finanzierung bewegt sich vollkommen im Rahmen normaler Investitionstätigkeit der Stadtwerke, der städtische Haushalt wird nicht belastet, der steuerliche Querverbund, der für den Erhalt der DVG unverzichtbar ist, wird nicht gefährdet. Dass auch von Teilen der Umweltbewegung heftige Kritik kommt, ist zumindest zwiespältig. Einerseits spiegelt es das gestiegene Bewusstsein über die Umwelt- und Klimakrise wider, andererseits aber auch die politische Hilflosigkeit, Chancen zu sehen und zu nutzen.

Die LINKE setzt sich programmatisch für die Rekommunalisierung der Energiewirtschaft ein. Es kann doch nicht länger hingenommen werden, dass die Energieversorgung im Inland und in Europa total vermachtet ist und 4 Großkonzerne das Feld beherrschen. Der Mehrheitserwerb an der Steag durch das Stadtwerke-Konsortium – und in einigen Jahren auch der mögliche Erwerb der übrigen 49 % - ist genau ein solcher Schritt zur Rekommunalisierung und wird deshalb von uns unterstützt. Er bietet die Möglichkeit, die Eigenerzeugung massiv auszubauen. Wir erwarten uns von dem Engagement, dass die energiewirtschaftliche Landschaft in NRW sich in den nächsten 10 Jahren gründlich verändert. Hin zum ökologischen Umbau unter sozialen Bedingungen. Überlassen wir den Steag-Kauf privaten Konzernen oder Private Equity Fonds, dann wäre der Pfad der Tugend Richtung ökologische Nachhaltigkeit sicherlich nicht beschritten und unsere Stadtwerke kämen weiter unter Druck. Wir verbinden mit dem Kauf – sollten wir den Zuschlag bekommen - auch die Erwartung, dass die Stadtwerke den Umstrukturierungsprozess in sozialer und regionalwirtschaftlicher Verantwortung durchführen und unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen. Wo durch Abschaltung alter Kohlekraftwerke Arbeitsplätze entfallen, müssen Alternativen angeboten werden.

Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den Beschluss des Rates für die Kaufofferte mit einer gemeinsamen Entschließung flankieren. Diese mag nicht rechtsverbindlich sein, aber sie soll eine politische Willenserklärung des Rates sein. Wir gehen davon aus, dass die Gesellschafter und die Mitglieder des zu bildenden Aufsichtsrats und des kommunalen Beirats sie beachten. In dieser Entschließung sprechen wir auch das Auslandsgeschäft an – Kollege Brandt ist bereits darauf eingegangen. Wir wollen keinen unkontrollierbaren „Global Player“. Für die künftige Entwicklung des Auslandsgeschäfts gibt es bereits Überlegungen und unterschiedliche Modelle. Das heißt nicht, dass wir per se gegen grenzüberschreitende Geschäfte wären, wie z.B. bei den erneuerbaren Energien in

Europa.

Hier nur noch ein Aspekt, der uns wichtig ist: Steag-neu muß die Einhaltung von Arbeitnehmerrechten und Sozialstandards auf den Prüfstand stellen. Wenn – vor allem im Bereich der Kohlelieferanten wie in Kolumbien – die ILO-Kernarbeitsnormen verletzt werden, muss dies abgestellt werden. Notfalls müssen Verträge gekündigt werden.

Noch ein Argument zu dem atomwirtschaftlichen Engagement, was von den Gegnern des Geschäfts stark strapaziert wird. Dieses macht weniger als 1 % der gesamten Geschäftsaktivitäten der Steag aus. Das kann kein Entscheidungskriterium sein. Dennoch treten auch wir dafür ein, dass der Geschäftsbereich Nuclear Services aufgegeben wird.

Zum Schluss, Kolleginnen und Kollegen, noch eins: Die künftigen Geschäfte der Stadtwerke mit der Steag müssen transparent, demokratisch beeinflussbar und steuerbar sein. Das Stadtwerke-Konsortium wäre gut beraten, wenn es neben dem künftigen Aufsichtsrat und –beirat eine bürgerschaftliche Dialogstruktur einrichten würde. Darin sollte auch kritische Umweltschützer Platz finden, um ihnen die Möglichkeit zu geben, den Prozess kritisch-konstruktiv zu begleiten. Wir sollten es nicht riskieren, dass aus mangelnder Information und aufgrund mangelnder Dialogbereitschaft die Stadtwerke demnächst mit Kampagnen für einen Stromanbieterwechsel konfrontiert wären.“

**Die folgende, von SPD, LINKEN und Grünen gemeinsam eingebrachte Entschließung wurde vom Rat mehrheitlich angenommen:**

Geplanter Mehrheitserwerb von Stadtwerken an STEAG ist kommunalpolitisch und regionalwirtschaftlich sinnvoll und bietet Chancen zur ökologischen Modernisierung der Energieerzeugung

I.

Der Rat der Stadt Duisburg stellt zum Bieterverfahren für den Erwerb der Mehrheit an der Evonik-STEAG GmbH fest:

1. Stadtwerke sind ein grundlegender Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sinnvolle Kooperation untereinander kann ihre Leistungsfähigkeit steigern und ihren Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger mehren. Darüber hinaus kommt den Stadtwerken eine Schlüsselfunktion bei der gesamtwirtschaftlichen Notwendigkeit zu, die bestehenden Oligopole in der Energieversorgung zu überwinden.
2. Vor diesem Hintergrund ist eine Stärkung der Stadtwerke, wie sie mit der aktuell eingeleiteten Novellierung des Gemeindefortschrittsrechts NRW verbunden ist, unabdingbar. Zu einer nachhaltigen Stärkung soll der Erwerb der Mehrheit der zum Verkauf angebotenen Energiesparte des Evonik-Konzerns (STEAG GmbH) durch ein Konsortium von 6 Ruhrgebietsstadtwerken unter Einschluss der Stadtwerke Duisburg beitragen.
3. Bundesweit halten die Stadtwerke derzeit nur rund 20 % der Energieerzeugung. Mit dem Erwerb der STEAG GmbH könnte das Stadtwerke-Konsortium seinen derzeitigen Anteil von 30 % Eigenerzeugung deutlich erhöhen und zur bedeutendsten kommunalen Erzeugungsplattform werden, deren öffentlicher Zweck für Versorgungssicherheit, Preisstabilität und den fortschreitenden ökologischen Umbau steht. Darüber hinaus würde das Konsortium mit dem Erwerb Zugang zu dem ausgeprägten ingenieurwissenschaftlichen Know-how des Unternehmens auch auf dem Gebiet der erneuerbaren Energieerzeugung erhalten. Hinzu kommen die regionalpolitischen Potenziale, die sich aus der Zusammenarbeit der Stadtwerke bzw. der sie tragenden Kommunen ergeben.
4. Der Erwerb der STEAG-Mehrheit unter den in der DS 10-2046 dargelegten vertraglichen Eckpunkten ist finanziell vertretbar, liegt im Rahmen der Investitionstätigkeit der Stadtwerke

und gefährdet in keiner Weise den unverzichtbaren steuerlichen Querverbund für den Erhalt und Betrieb der DVG sowie die erwartete Dividende für den städtischen Haushalt.

## II.

In Ergänzung der DS 10-2046 fordert der Rat der Stadt für den Fall, dass das Konsortium den Zuschlag erhält, seine Vertreterinnen und Vertreter in dem neu zu bildenden Aufsichtsrat bei der STEAG-Beteiligungsverwaltungsgesellschaft dazu auf, auf folgende Punkte hinzuwirken:

1. Der Erwerb der Evonik STEAG GmbH durch das Konsortium muss mit einer grundsätzlichen Neuausrichtung des Kraftwerksparks verbunden werden. Abgängige Kohlekraftwerke müssen bei Bedarf durch kleinere, dezentrale Anlagen auf GuD-Basis mit hohen Wirkungsgraden ersetzt werden. Ergänzend dazu muss der Ausbau und die Verdichtung der Fernwärmeaktivitäten erfolgen. Dazu zählt auf jeden Fall die Nutzung der Abwärme aus dem neuen Kraftwerksblock 10 Walsum, sobald die gravierenden technischen Probleme behoben sind.
2. Eine Neuausrichtung der Evonik-STEAG GmbH muss das Verhältnis zwischen Inlands- und Auslandsgeschäft neu gewichten. Die Energieversorgung im Inland muss im Mittelpunkt stehen.
3. Das Unternehmen garantiert die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften und sorgt für die Einhaltung der ILO-Normen über faire Arbeitsbedingungen. Dies gilt insbesondere bei Kohle-Lieferverträgen mit ausländischen Unternehmen.
4. Der ökologisch geleitete Umbau der STEAG-Energieerzeugung wird im Gesellschaftsvertrag als Unternehmensziel verankert. Dies beinhaltet, dass Altanlagen in überschaubaren Zeiträumen, sowohl an bestehenden als auch an möglichen neuen Standorten nur durch GuD-Anlagen bzw. durch Anlagen für erneuerbare Energien ersetzt werden. Die Nutzung von KWK ist unverzichtbar und der Ausbau des Fernwärmeverbundnetzes muss erklärtes Unternehmensziel sein.
5. Der Geschäftsbereich Nuclear Technologies der STEAG Energy Service Gruppe wird aufgegeben.

## III.

Der Rat begrüßt die folgenden Überlegungen bzw. Planungen:

1. Die in der Offerte des Konsortiums beabsichtigte Stilllegung bzw. Außerbetriebnahme der Kohlekraftwerke Lünen 6 und 7 (500 MW), Herne 3 (300 MW) und MKV Völklingen-Venne (230 MW)
2. Die Errichtung eines neuen GuD-Kraftwerks in Herne
3. Den Verzicht auf die Planung neuer Kohlekraftwerke.

## IV.

Der Rat der Stadt erwartet in Ergänzung zur DS 10.2046 abschließend Folgendes:

1. Die zuständigen Fachausschüsse des Rates werden regelmäßig über die Aktivitäten der STEAG unterrichtet.
2. Die Einrichtung eines 20-köpfigen kommunalen Beirats durch die Gesellschafterversammlung der STEAG, der die Stimmverhältnisse in den Räten der kommunalen Bietergemeinschaft widerspiegelt.
3. Das Stadtwerke-Konsortium begreift bürgerschaftliche Impulse für eine sichere, preiswerte und umweltschonende Energieversorgung als Bestandteil der Unternehmenskultur. Dazu werden entsprechende Dialogstrukturen gebildet.

4. Kraftwerksstilllegungen und Umstrukturierungen werden sozialverträglich und unter Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen durchgeführt.

**Politische Erklärung von Hermann Dierkes für die Fraktion DIE LINKE zur Sondersitzung des Rates am 06.09.2010**

09.09.2010

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die Katastrophe bei der Love Parade am 24. Juli hat weit und breit Bestürzung ausgelöst. Eine Riesenveranstaltung, die viele, vor allem junge Menschen aus Nah und Fern zum ausgelassenen Feiern mobilisiert hatte, wurde für 21 von ihnen, darunter viele junge Frauen, zur tödlichen Falle. Sie forderte rd. 500 Verletzte, viele davon schwer. Die Katastrophe und das nachfolgende Verhalten der Stadtspitze haben unsere Stadt in eine schwere politische Krise gestürzt. Wir haben einen Schaden im Ansehen, dessen Ausmaße und Konsequenzen nur erahnt werden können. Den Hinterbliebenen der Opfer, den Verletzten und Traumatisierten muss schnell und unbürokratisch Hilfe zuteil werden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, der Innenausschuss des NRW-Landtags hat sich des Themas angenommen. Eins muss zu diesem Zeitpunkt auch schon absolut klar sein: Genehmigungsprozesse, Auflagen und Verantwortlichkeiten für künftige Großveranstaltungen müssen einer gründlichen Revision unterzogen werden. Wir unterstützen entsprechende Vorhaben der Landesregierung ausdrücklich.

Die Verantwortung für die Tragödie, meine Damen und Herren, hat eine juristische und eine politische Seite. Wir werden das kurz erläutern.

Zuständigkeiten, Rolle und Verantwortung mehrerer Akteure stehen zur Debatte. Wie so oft im Unfallgeschehen und bei Katastrophen gibt es auch bei der Love Parade nicht nur eine Ursache. Sicherlich müssen bei den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen und im Strafverfahren noch viele Fragen geklärt werden. Längst ist aber offensichtlich, dass das Sicherheitskonzept als Teil der Genehmigungsurkunde gravierende Fehleinschätzungen und Fehler enthielt und dass am Tag der Veranstaltung mehrere Akteure gravierende Unterlassungen begangen und Fehler gemacht haben. Für uns weist sehr vieles daraufhin, dass das Risiko unterschätzt wurde, und zwar beginnend mit der Auswahl des Geländes und der Zuwegung. Fahrlässigkeit und schwerwiegende Unterlassungen des Veranstalters scheinen ebenfalls eine verheerende Rolle gespielt zu haben. Die Kernfragen betreffen insbesondere die Größenordnung des Besucherzustroms, den Zu- und Ausgang an den Tunneln Karl-Lehr-Straße, den durch die Floats verursachten Rückstau an der Rampe, Anzahl und Qualifikation der Security-Kräfte, die Zuständigkeiten am Veranstaltungstag und das Kommunikationssystem der verschiedenen Akteure.

Seiner juristischen Verantwortung muss sich der Veranstalter Lopavent im bevorstehenden Strafverfahren stellen. Diese Firma befindet sich mehrheitlich im Besitz der Kette McFit des Herrn Schaller, der mit den Love Parade-Veranstaltungen seit Jahren ein Geschäftsfeld übernommen hat und der nach eigenem Urteil - ich zitiere die SZ vom 26.07.ds.Js. - "etwas Verrücktes machen will, um bekannter zu werden (...). Wir haben uns für die Love Parade entschieden. Das war ein Himmelfahrtskommando." Aber er sei, so Schaller wörtlich "zu hundert Prozent risikobereit". Seine erklärte Himmelfahrts- und Risikomentalität ist grausame Realität geworden, - sicher anders, als der Urheber dieser Worte sich das gedacht hatte.

Juristisch verantwortlich ist auch die Duisburger Verwaltungsspitze, die nach langem Hin und Her und buchstäblich in letzter Minute als Ordnungsbehörde die Genehmigung erteilt und als Teil davon das im Benehmen mit weiteren Akteuren erstellte Sicherheitskonzept anerkannt hat. Nach allen Unterlagen hat es übrigens nur eine vorläufige Version des Sicherheitskonzepts gegeben. Die abschließende Fassung liegt dem Rat nicht vor. Auch die Polizei, meine Damen und Herren, muss sich selbstverständlich - wie alle am Genehmigungsverfahren und an Sicherungsmaßnahmen Beteiligten - kritischen Fragen stellen und diese beantworten. Ihr aber - wie es der Veranstalter aus durchsichtigen Gründen jetzt systematisch betreibt, die Hauptschuld zuzuweisen, ist nach allem, was bisher bekannt



wurde, vollkommen unakzeptabel.

Meine Damen und Herren, der Duisburger Rat wurde bereits 2007 mit dem Vorhaben durch die Verwaltung konfrontiert. Im Konzert mit gewichtigen politischen und Kulturbereichs-Akteuren traten der Oberbürgermeister und die örtliche CDU-Führung von Anfang an nachdrücklich für die Durchführung der Love Parade in Duisburg ein. Kritiker wurden der Miesmacherei bezichtigt, der damalige Polizeipräsident Rolf Cebin, der Sicherheitsbedenken geäußert hatte, wurde von Herrn Mahlberg sogar als "Belastung für Duisburg" abqualifiziert. Herr Mahlberg - im Vorgefühl des politischen Triumphes über ein gelungenes Mega-Event - forderte den damaligen Innenminister Wolf schriftlich auf, ihn abzulösen.

Die Love Parade war Teil einer Veranstaltungsserie dieser Art in mehreren Ruhrgebietsstädten. In Bochum war sie für 2009 aufgrund massiver Sicherheitsbedenken abgesagt worden. Gewichtige Akteure - ich erwähne hier nur Herrn Pleitgen, Herrn Große-Brockhoff sowie der damalige Ministerpräsident Rüttgers - setzten alles daran, sie ausgerechnet im Kulturhauptstadtjahr 2010 nicht noch mal scheitern zu lassen. Auch deren Rolle ist aufzuarbeiten, transparent zu machen. Es sind die Motive der Nutznießer dieser Art von "Kulturevents" zu klären, die offensichtlich ins Maßlose gehen, die organisatorisch kaum noch steuerbar sind und in der Tat unerhörte Risiken heraufbeschwören, wie wir es tragischerweise erleben mussten.

Wir halten es für unerträglich, wenn ausgerechnet Herr Pleitgen meint, Kommunalpolitik und Verwaltung öffentlich Ratschläge erteilen zu müssen, wie sie die Tragödie aufarbeiten sollen.

Im Rat der Stadt - in dem 2007 und lange danach niemand wusste, wo eine solche Massenveranstaltung in Duisburg überhaupt stattfinden könne - konzentrierte sich die Kritik seit etwa einem Jahr immer stärker auf die zunächst vorgesehene öffentliche Finanzierungsbeteiligung an der Love Parade, während die Überschuldung Fakt wurde und weitere massive Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich angestrebt wurden. Auf einer auch von unserer Fraktion unterstützten Ratssondersitzung im Februar ds. Js. wurde beschlossen, dass für die Love Parade keine örtlichen Gelder verwendet werden dürfen, weder aus dem Haushalt noch von den Beteiligungsunternehmen. Klammer auf: Es wird übrigens noch festzustellen sein, ob der Beschluss eingehalten wurde. Klammer zu. Auch unsere Fraktion war bereit, die Durchführung der Love Parade zu akzeptieren, wenn allein Veranstalter und Sponsoren für die Finanzierung aufkämen. Erst um die Jahreswende wurde dem Rat überhaupt erst das alte Güterbahnhofsgelände als Veranstaltungsort bekannt. Nachbetrachtend sind wir Kollegen Mettler, dem wir von hier aus unsere besten Genesungswünsche übermitteln möchten, sehr dankbar, dass er das große Risiko dieser Veranstaltung thematisiert und kritische Fragen gestellt hatte. Sie blieben unbeantwortet. Eine Anfrage der Linksfraktion zum Verkehrskonzept vom April wurde erst Ende Juni beantwortet, und zwar auch nur teilweise.

Die angesprochene **politische Verantwortung** für die Tragödie sehen wir insbesondere beim Oberbürgermeister. Diese wird ihm zu Recht auch von der überwältigenden Mehrheit der öffentlichen Meinung und von der Mehrheit dieses Rates zugeschrieben. Breite Bevölkerungskreise erwarten Konsequenzen und fordern massiv seinen Rücktritt. Die vorliegende Sammlung von 10.000 Unterschriften ist Ausdruck dieser Tatsache. Wir möchten den Initiatoren und allen, die unterschrieben haben, dafür ausdrücklich danken. Und wir denken, der Rat hat in seiner Mehrheit diese Botschaft verstanden und wird sie aufgreifen.

Die politische und - wenn Sie so wollen - auch die politisch-moralische Verantwortung von Herrn Sauerland besteht aus zwei Kernelementen: Er hat sich persönlich und nachdrücklich für die Love Parade eingesetzt. Er ist Chef der Verwaltung, die die Genehmigung erteilt hat. Das schließlich aufgestellte und genehmigte Sicherheitskonzept hat offenkundig nicht funktioniert. Es sind 21 Tote und hunderte Verletzte zu beklagen. Unabhängig von der persönlichen Schuldfrage - die im Strafverfahren noch zu klären sein wird, muss sich Herr Sauerland als OB dieser Frage stellen. Verantwortung trägt auch der Rat - ich werde darauf zurück kommen. Verantwortung tragen aber auch

der Verwaltungsvorstand und hier insbesondere die Fachdezernenten, die direkt mit der Genehmigung zu tun hatten, nämlich die Beigeordneten Rabe und Dressler. Und Verantwortung trägt auch der Chef der Duisburg Marketing, Herr Gerste.

Der OB hat es bisher abgelehnt, zu seiner politischen Verantwortung zu stehen. Er hält den Verbleib im Amt zur Aufklärung der Katastrophe für unverzichtbar. Ja, er war nicht einmal bereit, seine Amtsgeschäfte ruhen zu lassen und die Mitarbeiter zur Kooperation mit den Ermittlungsbehörden zu bitten. Nein, so der OB, nur so habe er Zugang zu Akten und dergleichen. Diese Begründung, meine Damen und Herren, atmet alles andere als rechtsstaatlichen Geist, hat fast nur Kopfschütteln und Verbitterung ausgelöst und provoziert geradezu öffentlichen Verdacht. Schließlich kann es durchaus sein, dass auch gegen den OB ein Strafverfahren eröffnet wird. Außerdem ist zu fragen, welche Akten der OB meint, nachdem die Staatsanwaltschaft inzwischen mehrmals hier war und die einschlägigen Akten sichergestellt hat. Sind die alle doppelt vorhanden? Gibt es etwa noch weitere?

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, OB und Rechtsdezernent müssen sich auch schwere Verfehlungen unmittelbar nach der Katastrophe vorhalten lassen, die die politische Krise unserer Stadt mit verschärft haben. Sie haben zunächst individuelles Fehlverhalten von Veranstaltungsbesuchern in den Vordergrund gestellt, das Sicherheitskonzept als "stichhaltig" verteidigt, wo es nichts mehr zu verteidigen gab, offensichtliche Fehleinschätzungen und Fehler versucht, klein zu reden und ihre Organisationsverantwortung auf andere Mitarbeiter abgeschoben. Auch das hat in der Öffentlichkeit zu Recht einen Aufschrei provoziert und war weder professionell noch moralisch einwandfrei.

Meine Damen und Herren, es gibt in der jüngeren Geschichte etliche Beispiele, wo Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und an verantwortlicher Stelle auf respektvolle Art und Weise Konsequenzen daraus gezogen haben, wenn sie persönlich schwere Fehltritte begangen hatten oder weil sie - ohne persönliches Verschulden - für das Versagen ihrer Organisation gerade stehen wollten. In Duisburg ist das bisher leider nicht der Fall. Sie, Herr Sauerland, haben den Zeitpunkt dafür verpasst.

Was die **Verantwortung des Rates** für die Love Parade betrifft, so sehen wir die Dinge folgendermaßen: Der Rat hat auf Vorschlag der Verwaltung den Grundsatzbeschluss 2007 und einen Durchführungsbeschluss - verbunden mit Finanzierungsaufgaben - gefasst. Insoweit trägt er selbstverständlich auch Verantwortung. Das kann aber nicht soweit gehen, dass nun - aus durchsichtigen Gründen - der Rat auch noch für das offensichtlich fehlerhafte und unzureichende Sicherheitskonzept haftbar gemacht wird. Lassen Sie uns das an einem Beispiel verdeutlichen: Wenn der Rat den Bau eines Feuerwehrgerätehauses beschließt, dann deshalb, weil die Kommune für Brandschutz zuständig ist. Dann steht er für vieles in der Verantwortung, u.a. für die Finanzierung und die künftigen finanziellen Auswirkungen. Nicht aber für die Qualität der Architekten- und Ingenieurleistungen, die korrekte Berechnung der Statik usw. Das ist Sache der Verwaltung bzw. der vertraglichen Leistungserbringer. Auf ihre Kompetenz und Zuverlässigkeit muss der Rat bauen können.

Auch noch ein Wort zu dem offensichtlichen internen Streit über das Verwaltungshandeln. Ohne Zweifel eine schwierige Frage, weil Loyalitäten im Spiel sind. Wir meinen: Es wäre richtiger gewesen, diesen Streit ab einem gewissen Punkt in angemessener Form dem Rat bekannt zu machen und die Dinge trotz Protests nicht treiben lassen. Vielleicht wäre damit die Katastrophe abgewendet worden. Sicherheit muss vorgehen, wie wir schmerzlich haben erfahren müssen. Herr Beigeordneter Dreßler, wir meinen Sie.

Nach einer Phase des Abtauchens der Stadtspitze geht es weiter: Der OB engagiert eine vollkommen unverdächtige und gewissenhafte Anwaltskanzlei - für die Frau Dr. Jasper spätestens seit ihrer Rolle um den seinerzeitigen Mülheimer OB Baganz und dessen Rücktritt persönlich steht - um jedes Organisationsverschulden und jede Gesamtverantwortung für die Sicherheit in Abrede zu stellen. Er engagiert auf deren Vorschlag einen teuren Medienberater, um weitere verheerende Kommunikationsfehler zu vermeiden und öffentlich Verständnis zu erheischen, um nicht zu sagen:

schön Wetter zu machen. Er fordert inzwischen von den leitenden Mitarbeitern der Verwaltung sogar die Rückkehr zur Normalität.

Meine Damen und Herren, namhafte Stimmen warnen davor, den OB zum Sündenbock zu machen. Wir halten das für verfehlt, um nicht zu sagen für absurd. Es ist sicher insoweit etwas dran, als auch wir mit Sorge verfolgt haben, dass manche Kritiker der Verwaltungsspitze fast schon zur Selbstjustiz aufriefen. Das ist vollkommen unakzeptabel. Hier gilt es Grenzen zu beachten, die nicht überschritten werden dürfen. Aber bei der Kritik an der Verwaltungsspitze geht es überhaupt nicht um eine Ersatzhandlung, nicht darum, gewissermaßen ein "armes Tier" symbolisch mit den Sünden anderer zu beladen und in die Wüste zu schicken. Hier geht es um eine zentrale Person, die sich für das Zustandekommen der Love Parade in Duisburg nachdrücklich eingesetzt hat und vor allem: die in ihrer Eigenschaft als Chef der Verwaltung die Genehmigung mit ihren Auflagen zu verantworten hat und die seitdem weitere verheerende Fehler gemacht hat.

Am 26.08. waren Kripo und Staatsanwaltschaft erneut im Rathaus, um Unterlagen zu suchen und sicher zustellen. Der bisherige Beitrag der Stadtspitze zur Aufklärung reicht den Behörden offenbar auch nicht, - wie uns auch das Gutachten der Anwaltskanzlei nicht ausreicht. Diese Kanzlei hat eingeständenermaßen auf Basis unvollständiger Unterlagen gearbeitet. Sie hat zu über 90 % eine Fleißarbeit abgeliefert, die versucht, das Verwaltungshandeln seit September 2009 zu rekonstruieren. Abgesehen davon, dass dies die Verwaltung selber hätte erbringen können, ist das Fazit der Anwälte dürftig und unakzeptabel. Es lässt sich in einem kurzen Satz zusammenfassen: "Nichts zu beanstanden".

Uns erinnert das an den makabren Satz: "Operation gelungen. Patient leider tot."

Meine Damen und Herren, wissen Sie, was als Ausdruck professionellen Handelns hätte anerkannt werden können? Wenn unsere Mitarbeiter das Verwaltungshandeln dokumentiert hätten statt eines Anwaltsbüros und für die verantwortliche Koordination dazu die Kommunalaufsicht und/oder Verwaltungsmitarbeiter aus Dortmund und Essen dazu gebeten worden wären, die Erfahrung mit den dortigen Genehmigungsprozessen für die Love Parade haben. Das hätte den Ermittlungsbehörden sicherlich sehr geholfen. Der angestrebte Freispruch durch eine Anwaltskanzlei war teuer, aber sein billiges Ergebnis entlastet sie nicht.

Herr Sauerland, bei allem persönlichen Respekt, bei allem menschlichen Verständnis für die schweren Belastungen in ihrer Situation und unabhängig von ihrer möglichen persönlichen Schuld oder Mitschuld im juristischen Sinne, die im Strafprozess zu klären ist - so geht es nicht. Dieses Pingpong-Spiel in Sachen Fehler, Versagen und Schuld ist unwürdig. Die Öffentlichkeit hat dafür kein Verständnis, die Hinterbliebenen der Opfer, die Verletzten und Traumatisierten, die vielen Einsatzkräfte von Polizei und Rettungsdiensten schon gar nicht. Die von Ihnen geforderte Rückkehr zur Normalität ist ohne persönliche Konsequenzen ausgeschlossen - im Rathaus, im Rat und seinen Gremien und vor allem: in der Öffentlichkeit.

- Respektieren Sie doch die Sammlung von 10.000 Unterschriften in kürzester Zeit - auch wenn das Initiativrecht zur Abwahl nach der Rechtslage leider nicht bei den Wahlberechtigten liegt. Hier muss - das ist jetzt wieder deutlich geworden - ganz dringend die Gemeindeordnung geändert werden.
- Begreifen Sie doch endlich, dass jetzt andere das Heft in der Hand haben, um lückenlos aufzuklären.
- Nehmen Sie sich die treffenden und bewegenden Worte unseres Alt-Oberbürgermeisters Krings zu Herzen. Stehen Sie politisch zu den Fehlern und ziehen Sie daraus die Konsequenzen.
- Machen Sie den Weg frei für einen politischen Neuanfang in unserer Stadt. Das sind wir den Opfern und ihren Hinterbliebenen schuldig, das erwartet die breite Öffentlichkeit und das sind Sie den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt schuldig.

Die Tragödie und das Verhalten der politisch Verantwortlichen haben für Duisburg einen immensen

politischen Schaden verursacht. Sie können nicht in ihren Ämtern verbleiben. Hören Sie damit auf, den Eindruck zu verbreiten, Sie könnten das aussitzen. Erklären Sie endlich ihren Rücktritt.

Unsere Bitte an alle Ratsmitglieder und Fraktionen: helfen Sie mit beim Neuanfang. Geben Sie - sollte Herr Sauerland sich weiterhin weigern, zu seiner politischen Verantwortung zu stehen - geben Sie dann auf der Sonderratssitzung am 13. September den Wahlberechtigten unserer Stadt die demokratische Chance, in das Geschehen einzugreifen. Unterstützen Sie den Antrag nach § 66 der Gemeindeordnung, der von einer absoluten Mehrheit des Rates eingereicht wurde.

**Haushaltsrede 2010 Hermann Dierkes**

23.03.2010

Herr Oberbürgermeister.  
Meine Damen und Herren,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Stadt ist bilanziell k.o., die Schulden- und Zinslast erdrückend. Dies trotz der Tatsache, dass seit 1994 ein Kürzungspaket das nächste jagt und wir seit 2001 unter Nothaushaltsrecht stehen - mit harten Auflagen der Kommunalaufsicht. Dies alles mit gravierend negativen Auswirkungen für die Mehrheit unserer Stadtbevölkerung, für so vieles, was eine Stadt lebens- und liebenswert macht, zum Schaden für alles, was den Kernbestand der grundgesetzlich garantierten kommunalen Selbstverwaltung bildet. Hauptziel sind immer die sog. freiwilligen Leistungen – ich kann das Wort nicht mehr hören. Es sollte auch dem Lexikon der Politik gestrichen werden! Die jüngste globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Misere drastisch verschärft.

Unsere Stadt sitzt trotz aller Anstrengungen und Opfer, trotz aller Findigkeit der Stadtverwaltung und der Beteiligungsbetriebe in der viel zitierten „Vergeblichkeitsfalle“. Wir stehen dabei nicht allein. Schon in wenigen Jahren droht einem Dutzend NRW-Städte und mehr der bilanzielle Exitus.

Niemand kann noch ernsthaft bestreiten, dass die wesentlichen Ursachen nicht hausgemacht sind, sondern im wesentlichen

- in der generationenlangen wirtschaftlichen Monostruktur mit ihren Krisen,
- der hohen Dauererwerbslosigkeit und verbreiteten Armut sowie
- in der verheerend falschen gesamtstaatlichen Finanz- und Steuerpolitik

zu suchen sind. Die chronische Unterfinanzierung – vor allem der sozialgesetzlichen Pflichtaufgaben zu Lasten der Kommunen, die falsche Verteilung der Kosten der deutschen Einheit, eine abenteuerliche Steuerverzichtspolitik zugunsten der Reichen, eine langjährige Umverteilung von unten nach oben sowie die Konzentration von Wirtschaftsressourcen auf eine finanzmarktgetriebene Profitmaximierung haben neben den Folgen kapitalistischen Wirtschaftens – Arbeitslosigkeit und Armut - einen gewaltigen Scherbenhaufen hinterlassen. Für Frau Vogt von der CDU handelt es sich allerdings um die Folge der „Verteilung individueller Wohltaten, mit denen jetzt Schluss sein müsse“.

Für mich, Frau ist ihre Diagnose nichts anders als das Echo auf einen Minister Westerwelle, der unlängst von „spätromischer Dekadenz“ geschwafelt hat. Wir haben in diese Stadt rund 35.000 vollkommen überschuldete Haushalte, 8.300 Haushalten wird wegen Zahlungsunfähigkeit der Strom abgeschaltet. Gehen Sie doch endlich mal nach Marxloh, Bruckhausen, Hochfeld und nach anderswo, Frau Vogt und schauen Sie sich an, wo die Armut aus allen Knopflöchern guckt. Auch unter Ihrer Ägide, seit 2004 Frau Vogt, ist die Zahl der Vollzeitjobs weiter rückläufig und nähert sich nur noch ganzen 140.000, obwohl Sie doch angeblich alles besser können! Sie tun ja gerade so, als könnten Sie mit kommunalen Instrumenten Investitionsentscheidungen von Konzernzentralen stoppen oder herbeiführen. Wollen Sie uns weis machen, dass Sie den massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen in der örtlichen Stahlindustrie mit einer Senkung der Gewerbesteuer um 20 Punkte verhindert hätten? Machen Sie sich doch nicht lächerlich! Kolleginnen und Kollegen, ich bin lange genug Gewerkschafter, ich kenne diese Sprüche alle bis zum Überdruß.

So kann und darf es nicht weiter gehen. Wir brauchen dringend neue Konzepte und Instrumente. Ich kann das hier aus Zeitgründen nicht ausführen, aber dazu zählt ganz sicher eine gesamtstaatliche Finanz- und Steuerreform. Unabweisbar ist ein Entschuldungsfonds, vor allem für die Kommunen, die wie wir auf der „7. Sohle“ kratzen oder in Kürze dort landen werden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ratsfraktion DIE LINKE ist davon überzeugt: Wer die Sachzusammenhänge kennt und sich seiner Verpflichtungen aus dem Amts- und Mandats-Eid erinnert, kann und darf in der kommunalen Haushaltspolitik nicht von der Prämisse ausgehen: „Wir müssen sparen, es hilft uns niemand“. Die armen Kommunen befinden sich in einer

Lage, die mit einer Familie vergleichbar ist, deren erwachsene Mitglieder gezwungen sind, für einen Unternehmer zu arbeiten, der ihr nur 1.500 Euro zahlt und sie obendrein noch darauf verpflichtet, in einer Werkswohnung zu hausen, für die er monatlich 1.800 Euro verlangt. Die Verschuldung und Überschuldung der Familie ist absehbar. Sie wird entweder ausgehungert oder muss revoltieren.

Oberbürgermeister und CDU stehen für ein Maßnahmenpaket, das den Haushalt im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 um mindestens um 150 Millionen Euro entlasten soll. Zahlreiche Positionen im Haushaltssicherungskonzept (HSK) finden unsere Billigung, insbesondere Positionen, die im Organisationsbereich OB bzw. Verwaltung liegen, weil sie der Sache nach vertretbar sind. Aber zahlreiche Kürzungen und Einschränkungen im soziokulturellen Bereich, weitere Privatisierungen in Kernbereichen und weitere unsoziale Belastungen treffen auf unseren entschiedenen Widerstand. Die zahlreichen, heftig umstrittenen Maßnahmen liegen glücklicherweise nach der Kommunalverfassung in der Entscheidungskompetenz des Rats.

Seit Wochen erleben Rathaus und kommunale Politik Demonstrationen und eine Protestaktionen - aus dem Vereinssport, aus dem Bildungs-, Kinder- und Jugendbereich, aus der örtlichen Künstler- und Kulturszene. Auch heute protestieren wieder zahlreiche MitbürgerInnen vor dem Rathaus. Die Menschen wollen und können diesen angeblich alternativlosen Kurs von Kürzung und Kahlschlag nicht mehr klaglos hinnehmen. Und wir sagen: Das ist gut so!

Zu dieser Uhrzeit können wir bereits feststellen: Diese Proteste waren und sind nicht vergeblich. Als Ergebnis der Kommunalwahlen, als Ergebnis harter politischer Arbeit und zahlreicher Gespräche mit Betroffenen in den letzten Wochen und Monaten ist es uns gelungen, eine neue Haushaltsmehrheit zu schaffen, die für eine andere Haushaltspolitik steht. Die Fraktionen SPD, Grüne und DIE LINKE stellen sich gemeinsam der dramatischen und zutiefst ungerechten Überschuldung unserer Stadt, aus der uns die Zinslasten zu erdrücken und unkalkulierbar zu werden drohen. Auch wir streben an, den örtlichen Haushalt im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung um mindestens 150 Mio. Euro zu entlasten, die Überschuldung Duisburgs und die enorme Zinslast anzugehen, wieder einen jahresbezogenen Ausgleich zu erreichen und kommunale Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen. Unsere Dreierkooperation stellt sich dieser Herausforderung. Gleichermäßen mit dem Entwurf des OB – der von CDU und weiteren Parteien dieses Rates unterstützt wird – wollen auch wir sinnvolle und vertretbare Einsparungen in der Verwaltungsorganisation und bei den politischen Gremien. Auch wir mahnen demonstrativ die zugesagten, aber ausgebliebenen finanziellen Erleichterungen des Bundes bei gesetzlichen Pflichtaufgaben an wie Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Empfänger, KiTas, Solidarfonds Deutsche Einheit usw. Diese Posten haben auch wir in einer Größenordnung von rund 50 Millionen Euro in die HSK-Zielstellung einer mittelfristigen Haushaltsentlastung von mindestens 150 Mio. Euro aufgenommen. Das ist ein Drittel des Entlastungspakets. Aber mehr noch: Wir legen dem Rat Beschlussanträge vor und bitten um Zustimmung, den OB zu beauftragen, allein oder mit anderen Verfassungsbeschwerde anzustrengen. Ziel ist es, endlich den Konnex bei der Durchführung gesetzlicher Aufgaben und finanzielle Vernunft herzustellen. Motto: Wer die Musik bestellt, muss sie bezahlen.

Die klaren Unterschiede zwischen unserem Konzept und dem von OB und CDU lassen sich wie folgt zusammen fassen:

- Keine Brechstange in den soziokulturellen Bereichen. Knapp 18 Mio. Euro an vorgesehenen Kürzungen bzw. Verschlechterungen wollen wir verhindern
- Nur moderate neue Belastungen für die Mehrheit der EinwohnerInnen, die wir leider nicht vermeiden können und die zu den Stellgrößen gehören, die die Kommune überhaupt hat, um Einnahmen zu erzielen wie Hundesteuerer, Hallengebühren für Vereine, Eintrittsgelder im Kulturbereich, erhöhte Parkgebühren im Innenstadtbereich. Aber nur im Rahmen des Vertretbaren bzw. mit sozialen Komponenten
- Eine Personalpolitik, die arbeitsmarktwirksam bleibt, Ausbildungsquoten und Übernahmen von

Auszubildenden sicherstellt und auch aus Sicht der Personalvertretung verlässlich und kalkulierbar bleibt

- Verbesserte Einnahmen. Hier nur die wichtigsten: Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 20 auf 490 Punkte; verbesserte interkommunale Zusammenarbeit; Einführung einer Kulturtaxe auf Hotelübernachtungen von 3 Euro; weitere Geschwindigkeitskontrollen; Vermietung von städtischen Dachflächen für Solaranlagen.

Auf eine Erhöhung der Grundsteuer B wurde verzichtet, weil diese auf die Mieten durchschlagen würde.

Und wissen Sie, Frau Vogt, im Rahmen der Verhandlungen um eine Haushaltsmehrheit wäre die CDU bereit gewesen, die Kulturtaxe zu schlucken. Jetzt, wo sie Teil unserer Kompensationsvorschläge ist, machen Sie daraus eine „Lachnummer“ und prophezeien Sie den Untergang der Abendlandes. So etwas nenne ich den Menschen Sand in die Augen streuen!

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, wir sind uns absolut im Klaren darüber, dass unser alternatives Haushaltskonzept nur ein Erste-Hilfe-Koffer ist. Aber er ist anders gepackt als der von Ihnen, Herr Oberbürgermeister und der CDU zusammen gestellte. Er hat einen anderen sozialen Bezug und er wird den Interessen der Mehrheitsbevölkerung dieser Stadt und den Schwachen gerecht, soweit wir das mit kommunalen Mitteln überhaupt noch vermögen.

Ein Wort noch an die – übrigens starken - wirtschaftlichen Akteure, die als Folge der von der Dreierkooperation - nach langen Abwägungen und Berechnungen - befürworteten Erhöhung der Gewerbesteuer bereits den „Untergang des Abendlandes“ prophezeien. Ihre Argumente überzeugen nicht. Auch für Sie ist eine lebendige und zukunftsfähige Stadt mit einer ausgezeichneten Infrastruktur, effizienten öffentlichen Dienstleistungen und guten Sozial-, Kultur-, Bildungs-, Jugend- und Sporteinrichtungen absolut unverzichtbar und Grundlage des geschäftlichen Erfolgs. Weiche Standortfaktoren nennt man so etwas. Auch Sie brauchen eine effiziente und hoch motivierte Verwaltung und keine überalterte, unterbesetzte und langsame Bürokratie. Für all das braucht eine Kommune Einnahmen. Verweigern Sie sich deshalb nicht.

Die zahllosen Gespräche mit Betroffenen und die phantasievollen Proteste, meine Damen und Herren, haben überdies erneut bewiesen: Es gibt ein enormes bürgerschaftliches Potenzial an Ideen, Kreativität und Verantwortungsbewusstsein. Lassen sie uns den Menschen endlich handfeste Mitspracherechte beim Haushalt und seinen Prioritäten einräumen. Die bezirklichen Haushaltstage müssen qualitativ ausgebaut und auf die gesamtstädtische Ebene gehoben werden. Wir brauchen den Beteiligungshaushalt, wie er schon in vielen Städten der Welt Praxis ist.

Meine Damen und Herren, die Dreierkooperation ist sich außerdem darin einig: Keine weiteren Privatisierungen in zentralen Bereichen, insbesondere kein weiterer Verkauf von Gesellschafteranteilen beim Klinikum, kein Verkauf von WBD, Gebag, der GMVA usw. Diese Beteiligungsbetriebe oder städtischen Einrichtungen sind auch künftig für öffentliche Daseinsvorsorge und demokratische Steuerung unverzichtbar. In den meisten Fällen würde ihre Teil- oder Kompletterveräußerung geringere Konsolidierungsbeiträge erbringen als die Dividenden, die wir in unser HSK eingestellt haben.

DIE LINKE fordert außerdem demonstrativ die Einführung einer Millionärssteuer, die nach unseren Berechnungen allein Duisburg pro Jahr 240 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen bringen würde. Wir wissen: Es handelt sich um einen symbolischen Antrag. Aber wir möchten, dass dieses politische Signal überregional ankommt und der OB auch auf diesem Gebiet tätig wird, um auf die Bundesebene einzuwirken und bitten um die Zustimmung des Rates.

Und wir bitten Rat und Verwaltung, auch noch über folgenden Vorschlag nach zu denken: Sollten sich Bund und Land weiterhin der nachhaltigen Entlastung der Kommunen hartnäckig verweigern, dann sollten wir Überweisungen an Bund bzw. Land demonstrativ zurück zu halten und für eine solche Vorgehensweise im Rahmen des regionalen Bündnisses „Raus aus den Schulden“ werben. Die unter dem populären Begriff „Bankenabgabe“ derzeit in Berlin vorbereitete Maßnahme lässt insbesondere für

die Kommunen nichts Gutes erwarten. Des weiteren wollen wir eine verfassungsrechtlich stärkere Stellung der kommunalen Ebene gegenüber Bund und Ländern sowie eine Reform der Kommunalaufsicht. Diese darf sich nicht länger als einseitiger Hebel gegen die Kommunen verstehen, um verfehlte zentralstaatliche Politik durch zu setzen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der alternativen Haushaltssatzung zeigen wir örtlichen Sparwillen. Die Linksfraktion übernimmt Verantwortung und wird erstmals in dieser Stadt einem von ihr mit konzipierten Haushaltsentwurf bzw. einem HSK zuzustimmen. Unsere Verantwortung erstreckt sich in erster Linie auf die Mehrheit dieser Stadt und ihre Interessen und auf die vielen Bedürftigen. Wir erwarten von der Kommunalaufsicht, den Haushalt wohlwollend zu prüfen und unserer Stadt, ihren BewohnerInnen und ihrer Zukunft eine Chance zu geben.

Ein weiteres „Nackigmachen“ geht nicht mehr. Jetzt sind andere am Zuge! Die Landtagswahlen am 9. Mai können dafür die Weichen stellen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Linksfraktion bittet um Ihre Zustimmung zum alternativen Haushaltsentwurf.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!



**Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei vor  
Karstadt am 8.6.09**

09.06.2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen der Linksfraktion im Rat der Stadt Duisburg überbringe ich Euch unsere solidarischen Grüße. Wir stehen an Eurer Seite im Kampf um den Erhalt Eurer Arbeitsplätze.

Wir haben uns seit rund 10 Jahren im Rat und in der Kommunalpolitik dafür eingesetzt, dass die Innenstadt wiederbelebt wird. Wir waren immer gegen das Multi Casa oder besser „Casablanca“ auf dem Güterbahnhofs Gelände.

Es hätte unsere Innenstadt vollends kaputt gemacht. Jetzt droht die Insolvenz von Arcandor und damit von Karstadt als Ankermieter des neu erbauten Forums. Nicht auszudenken, welche negativen Wirkungen eine Schließung auf den umliegenden Handel und die weiteren Vorhaben in der Innenstadt hätte. Zusammen mit den Duisburger Arbeitsplätzen bei Karstadt stehen 56.000 Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Wir können uns eine Pleite von Karstadt auch kommunalpolitisch überhaupt nicht leisten.

Ich möchte noch zwei Punkte ansprechen, die uns als Linkspartei sehr wichtig sind:

Zum Ersten: Die Tatsache, dass Arcandor die Insolvenz droht, hat auch damit zu tun, dass angesichts der globalen Finanzkrise die Banken kaum noch Kredite heraus rücken. Die Bundesregierung hat ihnen aber 480 Milliarden Euro in Form von direkten Einlagen oder Krediten zur Verfügung gestellt. Leider ohne klare Bedingungen im Kreditgeschäft und hinsichtlich der Arbeitsplatzsicherung. Auch Eure Situation beweist, dass dies von der Mehrheitspolitik dringend geändert werden muss. Arcandor braucht jetzt öffentliche Hilfen, um das Schlimmste zu verhindern, aber wir dürfen auch die großen Eigner nicht aus ihrer sozialen Verantwortung lassen.

Zum Zweiten: Die Schwierigkeiten im Einzelhandel – und zwar auch schon vor der akuten Finanz- und Wirtschaftskrise, die im letzten Spätsommer begann – haben neben hausgemachten Faktoren bei Arcandor auch in der mangelnden Massenkauftkraft bzw. Binnennachfrage eine wesentliche Ursache. Wenn jahrelang Sozialabbau und Lohndumping betrieben wird, darf man sich nicht wundern, dass viele Menschen nur noch in Billig- und 1-Euro-Läden oder in armen Stadtteilen wie in Marxloh hängen bleiben, weil sie es sich einfach nicht mehr leisten können, bei Karstadt einzukaufen, obwohl sie sicher gern kommen würden. Das schlägt sich in rückläufiger Kundschaft, mangelnden Umsätzen, Arbeitsplatzgefährdung und der Gefährdung ganzer Warenhäuser nieder. Arcandor ist unter anderen auch dafür ein Beispiel. DIE LINKE will, dass dieser „Race to the bottom“, wie die Engländer sagen, diese laufende Verschlechterung der Einkommen, der Entgeltstrukturen und dieser massive Sozialabbau gestoppt werden, bevor noch mehr den Bach runter geht. Wir brauchen deshalb auch gesetzliche Mindestlöhne.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wünschen Euch alles Gute in Eurem Kampf, unsere Solidarität habt Ihr!

Glück auf!